

**Übereinkommen
zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung
der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe**

Die Regierungen des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, des Königreichs Schweden, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft -

In der Erkenntnis, daß die Verschmutzung der See durch Öl und andere Schadstoffe im Nordseegebiet die Meeresumwelt und die Interessen der Küstenstaaten gefährden kann,

In Anbetracht dessen, daß eine solche Verschmutzung viele Ursachen hat und daß Unfälle und andere Ereignisse auf See Anlaß zu großer Besorgnis geben,

Überzeugt, daß die Fähigkeit zur Bekämpfung einer solchen Verschmutzung sowie die wirksame Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der Staaten für den Schutz ihrer Küsten und damit zusammenhängenden Interessen notwendig sind,

erfreut über die Fortschritte, die bereits im Rahmen des am 9. Juni 1969 in Bonn unterzeichneten Übereinkommens zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Nordsee erzielt worden sind,

In dem Wunsch, die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung weiterzuentwickeln -

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Dieses Übereinkommen findet Anwendung, wenn die Verschmutzung oder drohende Verschmutzung der See durch Öl oder andere Schadstoffe im Nordseegebiet, wie es in Artikel 2 festgelegt ist, eine ernste und unmittelbar bevorstehende Gefahr für die Küste oder damit zusammenhängende Interessen einzelner oder mehrerer Vertragsparteien darstellt.

ARTIKEL 2

Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck Nordseegebiet die eigentliche Nordsee südlich des Breitengrads 61° nördlicher Breite sowie

- a) den Skagerrak, dessen südliche Begrenzung östlich von Kap Skagen durch den Breitengrad 57°44,8' nördlicher Breite bestimmt wird;
- b) den Ärmelkanal und seine Eingangsgewässer östlich einer Linie, die fünfzig Seemeilen westlich einer die Scilly-Inseln und die Insel Ouessant verbindenden Linie verläuft.

ARTIKEL 3

(1) Die Vertragsparteien sind der Auffassung, daß der Schutz gegen eine Verschmutzung der in Artikel 1 erwähnten Art eine wirksame Zusammenarbeit zwischen ihnen erfordert.

(2) Die Vertragsparteien erarbeiten und erlassen gemeinsam Richtlinien für die praktischen, einsatzmäßigen und technischen Aspekte gemeinsamer Maßnahmen.

ARTIKEL 4

Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Unterrichtung der anderen Vertragsparteien

- a) über ihre nationale Organisation, der die Bekämpfung einer Verschmutzung der in Artikel 1 erwähnten Art obliegt;
- b) über die zuständige Behörde, die für die Entgegennahme und Abgabe von Meldungen über eine solche Verschmutzung sowie für die Behandlung von Fragen der gegenseitigen Unterstützung der Vertragsparteien verantwortlich ist;
- c) über ihre nationalen Mittel zur Vermeidung oder Bekämpfung einer solchen Verschmutzung, die für eine internationale Hilfe zur Verfügung gestellt werden könnten;

- d) Über neue Wege zur Vermeidung einer solchen Verschmutzung und über neue wirksame Maßnahmen zu deren Bekämpfung;
- e) Über größere Verschmutzungsereignisse dieser Art, die bekämpft wurden.

ARTIKEL 5

(1) Erfährt eine Vertragspartei, daß sich im Nordseegebiet ein Unfall ereignet hat oder daß dort Öl oder andere Schadstoffe vorhanden sind, so daß mit einer ernsten Gefahr für die Küste oder damit zusammenhängende Interessen einer anderen Vertragspartei zu rechnen ist, so unterrichtet sie diese Vertragspartei unverzüglich durch ihre zuständige Behörde.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Kapitäne aller ihre Flagge führenden Schiffe sowie die Führer der in ihren Staaten eingetragenen Luftfahrzeuge zu ersuchen, auf dem je nach den Umständen gangbarsten und geeignetsten Weg unverzüglich folgendes zu melden:

- a) alle Unfälle, die eine Verschmutzung der See verursachen oder voraussichtlich verursachen werden;
- b) das Vorhandensein, die Art und den Umfang von Öl oder anderen Schadstoffen, die voraussichtlich die Küste oder damit zusammenhängende Interessen einzelner oder mehrerer Vertragsparteien ernstlich gefährden werden.

(3) Die Vertragsparteien legen ein Musterformblatt für die in Absatz 1 vorgeschriebene Meldung über Verschmutzungen fest.

ARTIKEL 6

(1) Allein für die Zwecke dieses Übereinkommens wird das Nordseegebiet in die in der Anlage zu dem Übereinkommen bezeichneten Zonen eingeteilt.

(2) Die Vertragspartei, in deren Zone ein Fall nach Artikel 1 eintritt, trifft die notwendigen Feststellungen über die Art und das Ausmaß jedes Unfalls oder gegebenenfalls über die Art und ungefähre Menge des Öls oder der anderen Schadstoffe und über deren Bewegungsrichtung und Geschwindigkeit.

(3) Die betreffende Vertragspartei unterrichtet sofort alle anderen Vertragsparteien durch deren zuständige Behörden über ihre Feststellungen und über jede Maßnahme, die sie zur Bekämpfung des Öls oder der anderen Schadstoffe getroffen hat, und beobachtet diese Stoffe ständig, solange sie sich in ihrer Zone befinden.

(4) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien nach diesem Artikel hinsichtlich der Zonen gemeinsamer Verantwortung werden durch besondere technische Vereinbarungen zwischen den beteiligten Vertragsparteien geregelt. Die anderen Vertragsparteien werden von diesen Vereinbarungen unterrichtet.

ARTIKEL 7

Benötigt eine Vertragspartei Unterstützung, um eine Verschmutzung oder drohende Verschmutzung auf See oder an ihrer Küste zu bekämpfen, so kann sie die anderen Vertragsparteien um Hilfe bitten. Vertragsparteien, die Unterstützung anfordern, geben genau die Art der benötigten Unterstützung an. Die nach diesem Artikel um Hilfe gebetenen Vertragsparteien bemühen sich nach besten Kräften, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zu leisten, unter Berücksichtigung - insbesondere im Fall einer Verschmutzung durch andere Schadstoffe als Öl - der ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mittel.

ARTIKEL 8

(1) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt es in irgendeiner Weise die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aufgrund des Völkerrechts, insbesondere auf dem Gebiet der Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung.

(2) Die in Artikel 6 erwähnte Einteilung in Zonen darf keinesfalls als Vorentscheidung oder Begründung in einer Frage der Souveränität oder Hoheitsgewalt geltend gemacht werden.

ARTIKEL 9

(1) Solange keine auf zweiseitiger oder mehrseitiger Grundlage oder aus Anlaß einer gemeinsamen Bekämpfungsaktion geschlossene Übereinkunft über die finanziellen Regelungen bezüglich der Maßnahmen der Vertragspartei zur Bekämpfung einer Verschmutzung vorliegt, tragen die Vertragspartei die Kosten ihrer jeweiligen Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung nach Maßgabe des Buchstabens a oder b.

a) Wurde die Maßnahme von einer Vertragspartei auf ausdrückliches Ersuchen einer anderen Vertragspartei ergriffen, so hat die ersuchende Vertragspartei der hilfeleistenden Vertragspartei die Kosten für ihre Maßnahme zu erstatten;

b) wurde die Maßnahme von einer Vertragspartei auf eigene Veranlassung ergriffen, so trägt diese Vertragspartei die Kosten ihrer Maßnahme.

(2) Die ersuchende Vertragspartei kann ihr Ersuchen jederzeit widerrufen, hat aber in diesem Fall die der hilfeleistenden Vertragspartei bereits entstandenen oder von ihr übernommenen Kosten zu tragen.

ARTIKEL 10

Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden die Kosten der von einer Vertragspartei auf Ersuchen einer anderen Vertragspartei ergriffenen Maßnahme nach den Rechtsvorschriften und den üblichen Verfahren des hilfeleistenden Landes für die Erstattung solcher Kosten durch eine haftpflichtige natürliche oder juristische Person berechnet.

ARTIKEL 11

Artikel 9 ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt er in irgendeiner Weise die Rechte der Vertragsparteien, von Dritten die Kosten für Maßnahmen zur Bekämpfung einer Verschmutzung oder einer drohenden Verschmutzung aufgrund anderer anwendbarer Bestimmungen und Regeln des Innerstaatlichen Rechtes und des Völkerrechts wiederzuerlangen.

ARTIKEL 12

(1) Tagungen der Vertragsparteien werden in regelmäßigen Zeitabständen sowie immer dann abgehalten, wenn dies aufgrund besonderer Umstände nach Maßgabe der Geschäftsordnung beschlossen wird.

(2) Auf ihrer ersten Tagung arbeiten die Vertragsparteien eine Geschäftsordnung und eine Finanzordnung aus; für ihre Annahme ist Einstimmigkeit erforderlich.

(3) Die Verwahrregierung beraumt die erste Tagung der Vertragsparteien so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens an.

ARTIKEL 13

In den in ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen steht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Anzahl von Stimmen zu, die der Zahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht in Fällen, in denen ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, nicht aus; das gleiche gilt im umgekehrten Fall.

ARTIKEL 14

Aufgabe der Tagungen der Vertragsparteien ist es,

- a) eine allgemeine Aufsicht über die Durchführung dieses Übereinkommens auszuüben;
- b) die Wirksamkeit der aufgrund dieses Übereinkommens ergriffenen Maßnahmen zu überprüfen;

- c) alle anderen Aufgaben wahrzunehmen, die nach diesem Übereinkommen erforderlich sind.

ARTIKEL 15

(1) Die Vertragsparteien sorgen für die Wahrnehmung der Sekretariatsaufgaben im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen, wobei bestehende Regelungen im Rahmen anderer internationaler Übereinkünfte über die Verhütung der Meeresverschmutzung zu berücksichtigen sind, die für dieselbe Region in Kraft sind wie dieses Übereinkommen.

(2) Jede Vertragspartei leistet einen Beitrag in Höhe von 2,5 v.H. zu den jährlichen Ausgaben für das Übereinkommen. Der Restbetrag der Ausgaben für das Übereinkommen wird zwischen den Vertragsparteien mit Ausnahme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Verhältnis ihres Bruttosozialprodukts und entsprechend dem regelmäßig von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Beitragsschlüssel aufgeteilt. In keinem Fall darf der Beitrag einer Vertragspartei zu diesem Restbetrag 20 v.H. des Restbetrags überschreiten.

ARTIKEL 16

(1) Unbeschadet des Artikels 17 wird ein Vorschlag einer Vertragspartei zur Änderung dieses Übereinkommens oder seiner Anlage auf einer Tagung der Vertragsparteien geprüft. Nach einstimmiger Annahme des Vorschlags wird die Änderung den Vertragsparteien von der Verwahrregierung mitgeteilt.

(2) Eine solche Änderung tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Verwahrregierung Notifikationen über die Genehmigung von allen Vertragsparteien erhalten hat.

ARTIKEL 17

(1) Zwei oder mehr Vertragsparteien können die gemeinsamen Grenzen ihrer in der Anlage zu diesem Übereinkommen bezeichneten Zonen ändern.

(2) Eine solche Änderung tritt für alle Vertragsparteien am ersten Tag des sechsten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem sie von der Verwahrregierung mitgeteilt worden ist, sofern nicht innerhalb von drei Monaten nach dieser Mitteilung eine Vertragspartei Einspruch erhoben oder Konsultationen über die Angelegenheit beantragt hat.

ARTIKEL 18

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Regierungen der Staaten, die zur Teilnahme an der am 13. September 1983 in Bonn abgehaltenen Konferenz über das Übereinkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe eingeladen waren, und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf.

(2) Diese Staaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft können Vertragspartei dieses Übereinkommens werden, indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und danach ratifizieren, annehmen oder genehmigen.

(3) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

ARTIKEL 19

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen aller in Artikel 18 bezeichneten Staaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt haben.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens tritt das am 9. Juni 1969 in Bonn beschlossene Übereinkommen zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Nordsee außer Kraft.

ARTIKEL 20

(1) Die Vertragsparteien können jeden anderen Küstenstaat des Nordostatlantikgebiets einstimmig einladen, diesem Übereinkommen beizutreten.

(2) In einem solchen Fall werden Artikel 2 und die Anlage entsprechend geändert. Die Änderungen sind auf einer Tagung der Vertragsparteien einstimmig anzunehmen; sie treten mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens für den beitretenden Staat in Kraft.

ARTIKEL 21

(1) Für jeden Staat, der diesem Übereinkommen beitrifft, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem dieser Staat seine Beitrittsurkunde hinterlegt.

(2) Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

ARTIKEL 22

(1) Nachdem dieses Übereinkommen fünf Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann es von jeder Vertragspartei gekündigt werden.

(2) Die Kündigung erfolgt durch eine an die Verwahrregierung gerichtete schriftliche Notifikation; diese Regierung notifiziert allen anderen Vertragsparteien den Eingang jeder Kündigung sowie den Tag ihres Eingangs.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem sie bei der Verwahrregierung eingegangen ist.

ARTIKEL 23

Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien und die in Artikel 18 Bezeichneten

a) von jeder Unterzeichnung dieses Übereinkommens;

- b) von jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigung- oder Beitrittsurkunde und vom Eingang jeder Kündigungsanzeige;
- c) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
- d) vom Eingang jeder Notifikation über die Genehmigung von Änderungen dieses Übereinkommens oder seiner Anlage und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderungen.

ARTIKEL 24

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen deutscher, englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt den Vertragsparteien beglaubigte Abschriften sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 13. September 1983.

Agreement

for Co-operation In Dealing with Pollution of the North Sea

by Oil and Other Harmful Substances

The Governments of the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Kingdom of Sweden, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the European Economic Community,

Recognising that pollution of the sea by oil and other harmful substances in the North Sea area may threaten the marine environment and the interests of coastal States,

Noting that such pollution has many sources and that casualties and other incidents at sea are of great concern,

Convinced that an ability to combat such pollution as well as active co-operation and mutual assistance among States are necessary for the protection of their coasts and related interests,

Welcoming the progress that has already been achieved within the framework of the Agreement for Co-operation in Dealing with Pollution of the North Sea by Oil, signed at Bonn on 9 June 1969,

Wishing to develop further mutual assistance and co-operation in combating pollution,

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

This Agreement shall apply whenever the presence or the prospective presence of oil or other harmful substances polluting or threatening to pollute the sea within the North Sea area, as defined in Article 2 of this Agreement, presents a grave and imminent danger to the coast or related interests of one or more Contracting Parties.

ARTICLE 2

For the purpose of this Agreement the North Sea area means the North Sea proper southwards of latitude 61° N, together with:

(a) the Skagerrak, the southern limit of which is determined east of the Skaw by the latitude $57^{\circ}44'.8$ N;

(b) the English Channel and its approaches eastwards of a line drawn fifty nautical miles to the west of a line joining the Scilly Isles and Ushant.

ARTICLE 3

(1) The Contracting Parties consider that protection against pollution of the kind referred to in Article 1 of this Agreement is a matter which calls for active co-operation between them.

(2) The Contracting Parties shall jointly develop and establish guidelines for the practical, operational and technical aspects of joint action.

ARTICLE 4

Contracting Parties undertake to inform the other Contracting Parties about:

(a) their national organisation for dealing with pollution of the kind referred to in Article 1 of this Agreement;

(b) the competent authority responsible for receiving and dispatching reports of such pollution and for dealing with questions concerning measures of mutual assistance between Contracting Parties;

(c) their national means for avoiding or dealing with such pollution, which might be made available for international assistance;

(d) new ways in which such pollution may be avoided and about new effective measures to deal with it;

- (e) major pollution incidents of this kind dealt with.

ARTICLE 5

(1) Whenever a Contracting Party is aware of a casualty or the presence of oil or other harmful substances in the North Sea area likely to constitute a serious threat to the coast or related interests of any other Contracting Party, it shall inform that Party without delay through its competent authority.

(2) The Contracting Parties undertake to request the masters of all ships flying their flags and pilots of aircraft registered in their countries to report without delay through the channels which may be most practicable and adequate in the circumstances:

- (a) all casualties causing or likely to cause pollution of the sea;

- (b) the presence, nature and extent of oil or other harmful substances likely to constitute a serious threat to the coast or related interests of one or more Contracting Parties.

(3) The Contracting Parties shall establish a standard form for the reporting of pollution as required under paragraph 1 of this Article.

ARTICLE 6

(1) For the sole purpose of this Agreement the North Sea area is divided into the zones described in the Annex to this Agreement.

(2) The Contracting Party within whose zone a situation of the kind described in Article 1 of this Agreement occurs, shall make the necessary assessments of the nature and extent of any casualty or, as the case may be, of the type and approximate quantity of oil or other harmful substances and the direction and speed of movement thereof.

(3) The Contracting Party concerned shall immediately inform all the other Contracting Parties through their competent authorities of its assessments and of any action which it has taken to deal with the oil or other harmful substances and shall keep these substances under observation as long as they are present in its zone.

(4) The obligations of the Contracting Parties under the provisions of this Article with respect to the zones of joint responsibility shall be the subject of special technical arrangements to be concluded between the Parties concerned. These arrangements shall be communicated to the other Contracting Parties.

ARTICLE 7

A Contracting Party requiring assistance to deal with pollution or the prospective presence of pollution at sea or on its coast may call on the help of the other Contracting Parties. Contracting Parties requesting assistance shall specify the kind of assistance they require. The Contracting Parties called upon for help in accordance with this Article shall use their best endeavours to bring such assistance as is within their power taking into account, particularly in the case of pollution by harmful substances other than oil, the technological means available to them.

ARTICLE 8

(1) The provisions of this Agreement shall not be interpreted as in any way prejudicing the rights and obligations of the Contracting Parties under international law, especially in the field of the prevention and combating of marine pollution.

(2) In no case shall the division into zones referred to in Article 6 of this Agreement be invoked as a precedent or argument in any matter concerning sovereignty or jurisdiction.

ARTICLE 9

(1) In the absence of an agreement concerning the financial arrangements governing actions of Contracting Parties to deal with pollution which might be concluded on a bilateral or multilateral basis or on the occasion of a joint combating operation, Contracting Parties shall bear the costs of their respective actions in dealing with pollution in accordance with subparagraph (a) or subparagraph (b) below:

(a) If the action was taken by one Contracting Party at the express request of another Contracting Party, the Contracting Party requesting such assistance shall reimburse to the assisting Contracting Party the costs of its action;

(b) If the action was taken by a Contracting Party on its own initiative, this Contracting Party shall bear the costs of its action.

(2) The Contracting Party requesting assistance may cancel its request at any time, but in that case it shall bear the costs already incurred or committed by the assisting Contracting Party.

ARTICLE 10

Unless otherwise agreed the costs of action taken by a Contracting Party at the request of another Contracting Party shall be calculated according to the law and current practice in the assisting country concerning the reimbursement of such costs by a person or entity liable.

ARTICLE 11

Article 9 of this Agreement shall not be interpreted as in any way prejudicing the rights of Contracting Parties to recover from third parties the costs of action to deal with pollution or the threat of pollution under other applicable provisions and rules of national and international law.

ARTICLE 12

(1) Meetings of the Contracting Parties shall be held at regular intervals and at any time when, due to special circumstances, it is so decided in accordance with the Rules of Procedure.

(2) The Contracting Parties at their first meeting shall draw up Rules of Procedure and Financial Rules, which shall be adopted by unanimous vote.

(3) The Depositary Government shall convene the first meeting of Contracting Parties as soon as possible after the entry into force of this Agreement.

ARTICLE 13

Within the areas of its competence, the European Economic Community is entitled to a number of votes equal to the number of its Member States which are Contracting Parties to the present Agreement. The European Economic Community shall not exercise its right to vote in cases where its Member States exercise theirs and conversely.

ARTICLE 14

It shall be the duty of meetings of the Contracting Parties:

(a) to exercise overall supervision over the implementation of this Agreement;

(b) to review the effectiveness of the measures taken under this Agreement;

(c) to carry out such other functions as may be necessary under the terms of this Agreement.

ARTICLE 15

(1) The Contracting Parties shall make provision for the performance of secretariat duties in relation to this Agreement, taking into account existing arrangements in the framework of other international agreements on the prevention of marine pollution in force for the same region as this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall contribute 2.5% towards the annual expenditure of the Agreement. The balance of the Agreement's expenditure shall be divided among Contracting Parties other than the European Economic Community in proportion to their gross national product in accordance with the scale of assessment adopted regularly by the United Nations General Assembly. In no case shall the contribution of a Contracting Party to this balance exceed 20% of the balance.

ARTICLE 16

(1) Without prejudice to Article 17 of this Agreement, a proposal by a Contracting Party for the amendment of this Agreement or its Annex shall be considered at a meeting of the Contracting Parties. Following adoption of the proposal by unanimous vote the amendment shall be communicated by the Depositary Government to the Contracting Parties.

(2) Such an amendment shall enter into force on the first day of the second month following the date on which the Depositary Government has received notifications of approval from all Contracting Parties.

ARTICLE 17

(1) Two or more Contracting Parties may modify the common boundaries of their zones described in the Annex to this Agreement.

(2) Such a modification shall enter into force for all Contracting Parties on the first day of the sixth month following the date of its communication by the Depositary Government unless, within a period of three months following that communication, a Contracting Party has expressed an objection or has requested consultation on the matter.

ARTICLE 18

(1) This Agreement shall be open for signature by the Governments of the States invited to participate in the Conference on the Agreement for Co-operation in Dealing with Pollution of the North Sea by Oil and Other Harmful Substances, held at Bonn on 13 September 1983, and by the European Economic Community.

(2) These States and the European Economic Community may become Parties to this Agreement either by signature without reservation as to ratification, acceptance or approval or by signature subject to ratification, acceptance or approval followed by ratification, acceptance or approval.

(3) Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

ARTICLE 19

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date on which the Governments of all the States mentioned in Article 18 of this Agreement and the European Economic Community have signed the Agreement without reservation as to ratification, acceptance or approval or have deposited an instrument of ratification, acceptance or approval.

(2) Upon the entry into force of this Agreement, the Agreement for Co-operation in dealing with Pollution of the North Sea by Oil, done at Bonn on 9 June 1969, shall cease to be in force.

ARTICLE 20

(1) The Contracting Parties may unanimously invite any other coastal State of the North East Atlantic area to accede to this Agreement.

(2) In such a case Article 2 of this Agreement and its Annex shall be amended as necessary. The amendments shall be adopted by unanimous vote at a meeting of the Contracting Parties and shall take effect upon the entry into force of this Agreement for the acceding State.

ARTICLE 21

(1) For each State acceding to this Agreement, the Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date of deposit by such State of its instrument of accession.

(2) Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

ARTICLE 22

(1) After this Agreement has been in force for five years it may be denounced by any Contracting Party.

(2) Denunciation shall be effected by a notification in writing addressed to the Depositary Government which shall notify all the other Contracting Parties of any denunciation received and of the date of its receipt.

(3) A denunciation shall take effect one year after its receipt by the Depositary Government.

ARTICLE 23

The Depositary Government shall inform the Contracting Parties and those referred to in Article 18 of this Agreement of:

(a) any signature of this Agreement;

(b) the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession and of the receipt of any notice of denunciation;

(c) the date of entry into force of this Agreement;

(d) the receipt of any notification of approval relating to amendments to this Agreement or its Annex and of the date of entry into force of such amendments.

ARTICLE 24

The original of this Agreement, of which the English, French and German texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall send certified copies thereof to the Contracting Parties and which shall transmit a certified copy to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done at Bonn, this thirteenth day of September 1983.

Accord

concernant la coopération

en matière de lutte contre la pollution de la mer du Nord

par les hydrocarbures et autres substances dangereuses

Les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de la République française, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume de Suède, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et la Communauté économique européenne,

Reconnaissant que la pollution des eaux par les hydrocarbures et autres substances dangereuses dans la région de la mer du Nord peut présenter un danger pour le milieu marin et les intérêts des Etats côtiers,

Prenant note du fait que cette pollution a des sources nombreuses et que les sinistres et autres événements de mer suscitent de vives inquiétudes,

Convaincus que l'aptitude à lutter contre cette pollution, ainsi qu'une coopération active et une assistance mutuelle entre les Etats sont nécessaires pour protéger leurs côtes et leurs intérêts connexes,

Se félicitant des progrès déjà réalisés dans le cadre de l'Accord concernant la coopération en matière de lutte contre la pollution des eaux de la mer du Nord par les hydrocarbures, signé à Bonn le 9 juin 1969,

Souhaitant développer l'assistance mutuelle et la coopération en matière de lutte contre la pollution,

Sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1^{er}

Le présent Accord s'applique quand la présence ou la menace d'hydrocarbures ou d'autres substances dangereuses polluant ou pouvant polluer les eaux dans la région de la mer du Nord telle qu'elle est définie à l'article 2 du présent Accord, constitue un danger grave et imminent pour les côtes ou les intérêts connexes d'une ou plusieurs Parties contractantes.

ARTICLE 2

Aux fins du présent Accord la région de la mer du Nord signifie la mer du Nord proprement dite au sud du 61^{ème} degré de latitude Nord ainsi que:

(a) le Skagerrak dont la limite sud est déterminée à l'est de la pointe de Skagen par la latitude 57°44',8 N;

(b) la Manche et ses entrées à l'est d'une ligne tracée à une distance de 50 milles marins à l'ouest d'une ligne reliant les îles Sorlingues à l'île d'Ouessant.

ARTICLE 3

(1) Les Parties contractantes estiment que la protection contre la pollution telle qu'elle est décrite à l'article 1^{er} du présent Accord appelle une coopération active entre elles.

(2) Les Parties contractantes élaborent et établissent conjointement des lignes directrices en ce qui concerne les aspects pratiques, opérationnels et techniques d'une action conjointe.

ARTICLE 4

Les Parties contractantes s'engagent à donner aux autres Parties contractantes les informations concernant:

(a) leur organisation nationale compétente en matière de lutte contre la pollution telle que visée à l'article 1^{er} du présent Accord;

(b) l'autorité compétente chargée de recevoir et de transmettre les informations concernant une telle pollution et de traiter des questions d'assistance mutuelle entre les Parties contractantes;

(c) leurs moyens nationaux pour éviter ou faire face à une telle pollution qui pourraient être rendus disponibles pour l'assistance sur le plan international;

(d) les méthodes nouvelles pour éviter une telle pollution et les procédés nouveaux et efficaces pour y faire face;

(e) les principaux incidents de pollution de ce type auxquels il a été fait face.

ARTICLE 5

(1) Chaque fois qu'une Partie contractante a connaissance d'un accident ou de la présence d'hydrocarbures ou d'autres substances dangereuses dans la région de la mer du Nord, susceptibles de constituer une menace grave pour les côtes ou les intérêts connexes d'une autre Partie contractante, elle en informe sans délai cette Partie contractante par l'intermédiaire de son autorité compétente.

(2) Les Parties contractantes s'engagent à inviter les capitaines de tous les navires battant leur pavillon national et les pilotes des avions immatriculés dans leur pays, à signaler sans délai par les voies les plus pratiques et les plus adéquates compte tenu des circonstances:

a) tous les accidents causant ou pouvant causer une pollution de la mer;

b) la présence, la nature et l'étendue des hydrocarbures ou d'autres substances dangereuses susceptibles de constituer une menace grave pour la côte ou les intérêts connexes d'une ou plusieurs Parties contractantes.

(3) Les Parties contractantes élaborent un formulaire type pour signaler la pollution ainsi qu'il est prévu au paragraphe 1^{er} du présent article.

ARTICLE 6

(1) Aux seules fins du présent Accord la région de la mer du Nord est divisée en zones définies à l'Annexe du présent Accord.

(2) La Partie contractante dans la zone de laquelle survient une situation de la nature de celle décrite à l'article 1^{er} du présent Accord, fait les évaluations nécessaires concernant la nature et l'importance de l'accident ou, le cas échéant, le type et la quantité approximative des hydrocarbures ou d'autres substances dangereuses ainsi que la direction et la vitesse de leur mouvement.

(3) La Partie contractante intéressée informe immédiatement toutes les autres Parties contractantes, par l'intermédiaire de leur autorité com-

pétente, de ses évaluations et de toute action entreprise pour lutter contre ces hydrocarbures ou autres substances dangereuses; elle continue à garder ces substances sous surveillance aussi longtemps que celles-ci sont présentes dans sa zone.

(4) Les obligations incombant aux Parties contractantes en vertu des dispositions du présent article en ce qui concerne les zones dites de responsabilité commune, font l'objet d'arrangements techniques particuliers entre les Parties intéressées. Ces arrangements sont communiqués aux autres Parties contractantes.

ARTICLE 7

Une Partie contractante ayant besoin d'assistance pour faire face à une pollution ou à une menace de pollution en mer ou sur ses côtes peut demander le concours des autres Parties contractantes. Les Parties qui demandent l'assistance précisent le type d'assistance dont elles ont besoin. Les Parties contractantes dont le concours est demandé en vertu du présent article font tous les efforts possibles pour apporter ce concours dans la mesure de leurs moyens en tenant compte, en particulier dans le cas de pollution par les substances dangereuses autres que les hydrocarbures, des possibilités technologiques à leur disposition.

ARTICLE 8

(1) Les dispositions du présent Accord ne doivent pas être interprétées d'une manière portant préjudice aux droits et obligations des Parties contractantes conformément au droit international, en particulier dans le domaine de la prévention et de la lutte contre la pollution marine.

(2) En aucun cas la division en zones, mentionnée à l'article 6 du présent Accord, ne peut être invoquée comme précédent ou argument en matière de souveraineté ou de juridiction.

ARTICLE 9

(1) En l'absence d'un accord traitant de dispositions financières relatives aux actions menées par les Parties contractantes pour lutter contre la pollution et qui pourrait être conclu bilatéralement ou multilatéralement, ou

à l'occasion d'une opération conjointe de lutte, les Parties contractantes supportent les frais entraînés par leurs actions respectives pour faire face à la pollution, conformément aux paragraphes (a) ou (b) énoncés ci-après:

(a) lorsque l'action est menée par une Partie contractante à la demande expresse d'une autre Partie contractante, la Partie contractante ayant demandé de l'aide rembourse à la Partie contractante prêtant l'assistance les frais entraînés par son action;

(b) lorsque l'action est menée à la seule initiative d'une Partie contractante, cette dernière supporte les frais entraînés par son action.

(2) La Partie contractante ayant sollicité l'assistance est libre de résilier à tout moment sa demande, mais en ce cas, elle supporte les frais déjà exposés ou engagés par la Partie contractante assistante.

ARTICLE 10

Sauf accord contraire, les frais entraînés par une action entreprise par une Partie contractante à la demande d'une autre Partie contractante sont calculés selon la législation et les pratiques en vigueur dans le pays assistant pour le remboursement de tels frais par une personne ou un organisme responsable.

ARTICLE 11

L'article 9 du présent Accord ne peut être interprété d'une manière portant préjudice aux droits des Parties contractantes de recouvrer auprès de tiers les frais entraînés par des actions entreprises pour faire face à une pollution ou à une menace de pollution en vertu d'autres dispositions et règles applicables en droit interne et international.

ARTICLE 12

(1) Les réunions des Parties contractantes se tiennent à intervalles réguliers et à tout moment où, en raison de circonstances particulières, il en est décidé ainsi conformément au règlement intérieur.

(2) A l'occasion de leur première réunion, les Parties contractantes élaborent un règlement intérieur et un règlement financier, qui sont adoptés à l'unanimité des voix.

(3) Le Gouvernement dépositaire convoque la première réunion des Parties contractantes aussi tôt que possible après l'entrée en vigueur du présent Accord.

ARTICLE 13

Dans les domaines relevant de sa compétence, la Communauté économique européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties au présent Accord. La Communauté économique européenne n'exerce pas son droit de vote dans les cas où ses Etats membres exercent le leur et inversement.

ARTICLE 14

Il incombe aux réunions des Parties contractantes:

(a) d'exercer une surveillance générale sur la mise en oeuvre du présent Accord;

(b) d'examiner régulièrement l'efficacité des mesures prises en vertu du présent Accord;

(c) d'exercer toutes autres fonctions qui pourraient être nécessaires conformément aux dispositions du présent Accord.

ARTICLE 15

(1) Les Parties contractantes prennent des dispositions pour que soient assurées les fonctions de secrétariat relatives au présent Accord, en tenant compte des arrangements existant à cet effet dans le cadre d'autres accords internationaux sur la prévention en matière de pollution marine en vigueur dans la même région que le présent Accord.

(2) Chaque Partie contractante contribue à raison de 2,5 % aux dépenses annuelles entraînées par l'Accord. Le solde des dépenses de l'Accord est

réparti entre les Parties contractantes autres que la Communauté économique européenne au prorata de leur produit national brut, conformément au barème de répartition voté régulièrement par l'Assemblée générale des Nations Unies. En aucun cas, la contribution d'une Partie contractante au règlement de ce solde ne peut excéder 20 % de ce solde.

ARTICLE 16

(1) Sans préjudice des dispositions de l'article 17 du présent Accord, une proposition émanant d'une Partie contractante en vue de l'amendement du présent Accord ou de son Annexe est étudiée lors d'une réunion des Parties contractantes. Après l'adoption de la proposition par un vote unanime, l'amendement est porté à la connaissance des Parties contractantes par le Gouvernement dépositaire.

(2) Un tel amendement entre en vigueur le premier jour du second mois suivant la date à laquelle le Gouvernement dépositaire a reçu notification de son approbation par toutes les Parties contractantes.

ARTICLE 17

(1) Deux Parties contractantes ou plus peuvent modifier les limites communes de leurs zones définies dans l'Annexe du présent Accord.

(2) Une telle modification entrera en vigueur pour toutes les Parties contractantes le premier jour du sixième mois suivant la date de sa communication par le Gouvernement dépositaire, à moins que, dans un délai de trois mois après cette communication, une Partie contractante ait soulevé une objection ou ait demandé des consultations en la matière.

ARTICLE 18

(1) Le présent Accord sera ouvert à la signature des Gouvernements des Etats invités à participer à la Conférence sur l'Accord concernant la coopération en matière de lutte contre la pollution de la mer du Nord par les hydrocarbures et autres substances dangereuses, réunie à Bonn le 13 septembre 1983, ainsi qu'à celle de la Communauté économique européenne.

(2) Ces Etats et la Communauté économique européenne pourront devenir Parties au présent Accord, soit par signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, soit par signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(3) Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

ARTICLE 19

(1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant la date à laquelle les Gouvernements de tous les Etats mentionnés à l'article 18 du présent Accord et la Communauté économique européenne l'auront signé sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou auront déposé un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) A l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord concernant la coopération en matière de lutte contre la pollution des eaux de la mer du Nord par les hydrocarbures, signé à Bonn le 9 juin 1969, cessera d'être en vigueur.

ARTICLE 20

(1) Les Parties contractantes peuvent à l'unanimité inviter tout autre Etat côtier de l'Atlantique du Nord-Est à adhérer au présent Accord.

(2) Dans ce cas, l'article 2 du présent Accord et son Annexe seront amendés en conséquence. Les amendements seront adoptés par un vote unanime lors d'une réunion des Parties contractantes et prendront effet au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord pour l'Etat adhérent.

ARTICLE 21

(1) Pour chaque Etat adhérent au présent Accord, celui-ci entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant la date du dépôt par ledit Etat de son instrument d'adhésion.

(2) Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

ARTICLE 22

(1) Le présent Accord peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties contractantes après l'expiration d'une période de cinq ans comptée à partir de la date à laquelle cet Accord entre en vigueur.

(2) La dénonciation s'effectue par une notification écrite adressée au Gouvernement dépositaire qui notifie à toutes les autres Parties contractantes toute dénonciation reçue et la date de sa réception.

(3) Une dénonciation prend effet un an après la date à laquelle la notification en aura été reçue par le Gouvernement dépositaire.

ARTICLE 23

Le Gouvernement dépositaire informera les Parties contractantes et celles visées à l'article 18 du présent Accord:

(a) de toute signature du présent Accord;

(b) du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion et de la réception d'un avis de dénonciation;

(c) de la date d'entrée en vigueur du présent Accord;

(d) de la réception des notifications d'approbation relatives aux amendements apportés au présent Accord ou à son Annexe et de la date d'entrée en vigueur desdits amendements.

ARTICLE 24

L'original du présent Accord, dont les textes en langues allemande, anglaise et française font également foi, sera déposé auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, qui en communiquera des copies certifiées conformes aux Parties contractantes et qui en transmettra une copie certifiée conforme au Secrétaire général de l'Organisation des

Nations Unies aux fins d'enregistrement et de publication, en application de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Fait à Bonn, le 13 septembre 1983.

Für die Regierung
des Königreichs Belgien

For the Government
of the Kingdom of Belgium

Pour le Gouvernement
du Royaume de Belgique

sous réserve de ratification

Jean Luel

Für die Regierung
des Königreichs Dänemark

For the Government
of the Kingdom of Denmark

Pour le Gouvernement
du Royaume du Danemark

Vorbehaltlich der Genehmigung

Subject to approval

Sous réserve d'approbation

Vorbehaltlich der Genehmigung

Jørgen Fischer

Für die Regierung
der Französischen Republik

For the Government
of the French Republic

Pour le Gouvernement
de la République française

Sous réserve d'approbation Jacques MONTM
Jacques MONTM
Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

For the Government
of the Federal Republic of Germany

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne

Anton Meijer

Für die Regierung
des Königreichs der Niederlande

For the Government
of the Kingdom of the Netherlands

Pour le Gouvernement
du Royaume des Pays-Bas

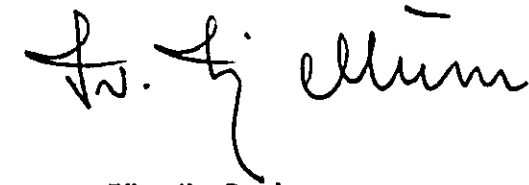
Vorbehaltlich der Annahme
Subject to acceptance
Sous réserve d'acceptation

Für die Regierung
des Königreichs Norwegen

For the Government
of the Kingdom of Norway

Pour le Gouvernement
du Royaume de Norvège


Vorbehaltlich der Ratifikation
Subject to ratification
Sous réserve de ratification



Für die Regierung
des Königreichs Schweden

For the Government
of the Kingdom of Sweden

Pour le Gouvernement
du Royaume de Suède



Vorbehaltlich der Ratifikation

Für die Regierung
des Vereinigten Königreichs Großbritannien
und Nordirland

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord

Vorbehaltlich der Ratifikation
Subject to ratification
Sous réserve de ratification

Jack Taylor
(subject to ratification)

Für die
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

For the
European Economic Community

Pour la
Communauté économique européenne

Vorbehaltlich der Annahme
Subject to acceptance
Sous réserve d'acceptation

C. Tsamiridis
Hudon

ANLAGE

Bezeichnung der Zonen nach Artikel 6 des Übereinkommens

Die Zonen - mit Ausnahme der Zonen gemeinsamer Verantwortung -
werden durch die Verbindungslinien folgender Punkte begrenzt:

Dänemark

55°03'00,0" N 8°22'00,0" O
 55°10'00,0" N 7°30'00,0" O
 55°10'00,0" N 2°13'30,0" O
 57°00'00,0" N 1°30'00,0" O
 57°00'00,0" N 2°25'04,6" O
 56°35'42,0" N 2°36'48,0" O
 56°05'12,0" N 3°15'00,0" O
 56°35'30,0" N 5°02'00,0" O
 57°10'30,0" N 6°56'12,0" O
 57°29'54,0" N 7°59'00,0" O
 57°37'06,0" N 8°27'30,0" O
 57°41'48,0" N 8°53'18,0" O
 57°59'18,0" N 9°23'00,0" O
 58°15'41,2" N 10°01'48,1" O
 58°10'00,0" N 10°00'00,0" O
 57°48'00,0" N 10°57'00,0" O
 57°44'48,0" N 10°38'00,0" O

Deutschland

53°34' N 6°38' O
 54°00' N 5°30' O
 54°00' N 2°39,1' O
 55°10' N 2°13,5' O
 55°10' N 7°30' O
 55°03' N 8°22' O

Norwegen

61°00'00,0" N 4°30'00,0" O
 61°00'00,0" N 2°00'00,0" O
 57°00'00,0" N 1°30'00,0" O
 57°00'00,0" N 2°25'04,6" O
 56°35'42,0" N 2°36'48,0" O
 56°05'12,0" N 3°15'00,0" O
 56°35'30,0" N 5°02'00,0" O
 57°10'30,0" N 6°56'12,0" O
 57°29'54,0" N 7°59'00,0" O
 57°37'06,0" N 8°27'30,0" O
 57°41'48,0" N 8°53'18,0" O
 57°59'18,0" N 9°23'00,0" O
 58°15'41,2" N 10°01'48,1" O
 58°10'00,0" N 10°00'00,0" O
 58°53'34,0" N 10°38'25,0" O
 Weiter entlang der norwegisch-
schwedischen Grenze

Schweden

57°54' N 11°28' O
 57°48' N 10°57' O
 58°10' N 10°00' O
 58°53'34,0" N 10°38'25,0" O
 Weiter entlang der norwegisch-
schwedischen Grenze

Niederlande

Vereinigtes Königreich

51°32' N	3°18' O	61°00' N	0°50' W
51°32' N	2°06' O	61°00' N	2°00' O
52°30' N	3°10' O	57°00' N	1°30' O
54°00' N	2°39,1' O	52°30' N	3°10' O
54°00' N	5°30' O	51°32' N	2°06' O
53°34' N	6°38' O		

Die Zonen gemeinsamer Verantwortung sind wie folgt festgelegt:

(1) Belgien, Frankreich und Vereinigtes Königreich

Seegebiet zwischen den Breitengraden 51°32' N und 51°06' N.

(2) Frankreich und Vereinigtes Königreich

Der Ärmelkanal südwestlich des Breitengrades 51°06' N bis zu einer Verbindungslinie zwischen folgenden Punkten:

49°52' N 07°44' W und
48°27' N 06°25' W.

(3) Dänemark und Schweden

Seegebiet im Skagerrak zwischen den Verbindungslinien folgender Punkte:

57°54' N 11°28' O
57°44,8' N 10°38' O
57°44,8' N 11°28' O

ANNEX

Description of the zones referred to in Article 6 of this Agreement

The zones, with the exception of the zones of joint responsibility, are limited by lines joining the following points:

Denmark

55°03'00".0 N 8°22'00".0 E
 55°10'00".0 N 7°30'00".0 E
 55°10'00".0 N 2°13'30".0 E
 57°00'00".0 N 1°30'00".0 E
 57°00'00".0 N 2°25'04".6 E
 56°35'42".0 N 2°36'48".0 E
 56°05'12".0 N 3°15'00".0 E
 56°35'30".0 N 5°02'00".0 E
 57°10'30".0 N 6°56'12".0 E
 57°29'54".0 N 7°59'00".0 E
 57°37'06".0 N 8°27'30".0 E
 57°41'48".0 N 8°53'18".0 E
 57°59'18".0 N 9°23'00".0 E
 58°15'41".2 N 10°01'48".1 E
 58°10'00".0 N 10°00'00".0 E
 57°48'00".0 N 10°57'00".0 E
 57°44'48".0 N 10°38'00".0 E

Norway

61°00'00".0 N 4°30'00".0 E
 61°00'00".0 N 2°00'00".0 E
 57°00'00".0 N 1°30'00".0 E
 57°00'00".0 N 2°25'04".6 E
 56°35'42".0 N 2°36'48".0 E
 56°05'12".0 N 3°15'00".0 E
 56°35'30".0 N 5°02'00".0 E
 57°10'30".0 N 6°56'12".0 E
 57°29'54".0 N 7°59'00".0 E
 57°37'06".0 N 8°27'30".0 E
 57°41'48".0 N 8°53'18".0 E
 57°59'18".0 N 9°23'00".0 E
 58°15'41".2 N 10°01'48".1 E
 58°10'00".0 N 10°00'00".0 E
 58°53'34".0 N 10°38'25".0 E
 To be continued along the
 Norwegian-Swedish border

Federal Republic of Germany

53°34' N 6°38' E
 54°00' N 5°30' E
 54°00' N 2°39'.1 E
 55°10' N 2°13'.5 E
 55°10' N 7°30' E
 55°03' N 8°22' E

Sweden

57°54' N 11°28' E
 57°48' N 10°57' E
 58°10' N 10°00' E
 58°53'34".0 N 10°38'25".0 E
 To be continued along the
 Norwegian-Swedish border

Netherlands

United Kingdom

51°32' N	3°18' E	61°00' N	0°50' W
51°32' N	2°06' E	61°00' N	2°00' E
52°30' N	3°10' E	57°00' N	1°30' E
54°00' N	2°39'.1 E	52°30' N	3°10' E
54°00' N	5°30' E	51°32' N	2°06' E
53°34' N	6°38' E		

The zones of joint responsibility are as follows:

(1) Belgium, France and United Kingdom

Sea area between parallels 51°32' N and 51°06' N.

(2) France and United Kingdom

The English Channel south-west of parallel 51°06' N to a line drawn between the points 49°52' N 07°44' W and 48°27' N 06°25' W.

(3) Denmark and Sweden

Sea area between the lines in Skagerrak joining the points

57°54' N	11°28' E
57°44'.8 N	10°38' E
57°44'.8 N	11°28' E

ANNEXE

Description des zones prévues à l'article 6 du présent Accord

Les zones, à l'exception des zones dites de responsabilité commune, sont limitées par les lignes reliant les points suivants:

Le Danemark

55°03'00",0 N 8°22'00",0 E
 55°10'00",0 N 7°30'00",0 E
 55°10'00",0 N 2°13'30",0 E
 57°00'00",0 N 1°30'00",0 E
 57°00'00",0 N 2°25'04",6 E
 56°35'42",0 N 2°36'48",0 E
 56°05'12",0 N 3°15'00",0 E
 56°35'30",0 N 5°02'00",0 E
 57°10'30",0 N 6°56'12",0 E
 57°29'54",0 N 7°59'00",0 E
 57°37'06",0 N 8°27'30",0 E
 57°41'48",0 N 8°53'18",0 E
 57°59'18",0 N 9°23'00",0 E
 58°15'41",2 N 10°01'48",1 E
 58°10'00",0 N 10°00'00",0 E
 57°48'00",0 N 10°57'00",0 E
 57°44'48",0 N 10°38'00",0 E

L'Allemagne

53°34' N 6°38' E
 54°00' N 5°30' E
 54°00' N 2°39',1 E
 55°10' N 2°13',5 E
 55°10' N 7°30' E
 55°03' N 8°22' E

La Norvège

61°00'00",0 N 4°30'00",0 E
 61°00'00",0 N 2°00'00",0 E
 57°00'00",0 N 1°30'00",0 E
 57°00'00",0 N 2°25'04",6 E
 56°35'42",0 N 2°36'48",0 E
 56°05'12",0 N 3°15'00",0 E
 56°35'30",0 N 5°02'00",0 E
 57°10'30",0 N 6°56'12",0 E
 57°29'54",0 N 7°59'00",0 E
 57°37'06",0 N 8°27'30",0 E
 57°41'48",0 N 8°53'18",0 E
 57°59'18",0 N 9°23'00",0 E
 58°15'41",2 N 10°01'48",1 E
 58°10'00",0 N 10°00'00",0 E
 58°53'34",0 N 10°38'25",0 E
 A continuer conformément à la
 frontière entre la Norvège et
 la Suède

La Suède

57°54' N 11°28' E
 57°48' N 10°57' E
 58°10' N 10°00' E
 58°53'34",0 N 10°38'25",0 E
 A continuer conformément à la
 frontière entre la Norvège et
 la Suède

Les Pays-Bas

Le Royaume-Uni

51°32' N	3°18' E	61°00' N	0°50' O
51°32' N	2°06' E	61°00' N	2°00' E
52°30' N	3°10' E	57°00' N	1°30' E
54°00' N	2°39',1 E	52°30' N	3°10' E
54°00' N	5°30' E	51°32' N	2°06' E
53°34' N	6°38' E		

Les zones dites de responsabilité commune sont fixées comme suit:

(1) Belgique, France et Royaume-Uni

La région de la mer située entre les parallèles 51°32' N et 51°06' N.

(2) France et Royaume-Uni

La Manche au sud-ouest du parallèle 51°06' N jusqu'à une ligne reliant les points 49°52' N 07°44' O et 48°27' N 06°25' O.

(3) Danemark et Suède

La région du Skagerrak située entre les points suivants:

57°54' N	11°28' E
57°44',8 N	10°38' E
57°44',8 N	11°28' E